

NACHRICHTEN

Stichentscheid gegen Tierschutz

Das Verbot von internationalen Tiertransporten durch die Schweiz bleibt unverändert. Rinder, Ziegen, Schafe und Schweine dürfen nicht per Lastwagen durch die Schweiz geführt werden, für Pferde und Geflügel dagegen gilt das Verbot nicht. Der Ständerat trat am Dienstag zum zweiten Mal nicht auf eine parlamentarische Initiative ein, die ein Schlachtier-Transportverbot im Tierschutzgesetz verankern und das Verbot auf Pferde und Geflügel hatte ausweiten wollen. Das Verbot wird momentan in der Tierschutzverordnung geregelt. Der Entscheid fiel bei 21 zu 21 Stimmen durch Stichentscheid von Präsident Hansheiri Inderkum (CVP, UR). *sda*

Petition für mehr Biodiversität

Die im Jahr der Biodiversität lancierten Aktionen sollen über 2010 hinaus Wirkung entfalten. Dies verlangt eine von rund 28000 Personen unterzeichnete Petition von Pro Natura und Schweizer Vogelschutz/Bird-Life Schweiz, die am Montag in Bern den Bundesstellen überreicht wurde. Die Petition fordert bedeutend mehr Mittel für die Sicherung und die Förderung der Lebensgrundlagen sowie eine griffige Biodiversitätsstrategie. Mit dem Ende des internationalen Jahres der Biodiversität fange die Arbeit für die Politik erst richtig an, teilten die beiden Naturschutzorganisationen mit. Die Petition wurde auch von WWF Schweiz, Mountain Wilderness, Verein Alpen-Initiative, Rheinabund, Bio Suisse und Kleinbauern-Vereinigung unterstützt. *sda*

Herkunftsangaben für EU-Milch

Der Verbraucher soll über die Herkunft der Milch informiert werden. EU-Agrarkommissar Dacian Ciolos präsentierte in Brüssel den EU-Agrarministern seinen Vorschlag. Zur Qualitätssicherung möchte er einen Rahmen für die verpflichtende Kennzeichnung schaffen, schreibt *agrarzeitung.de*. Bisher haben die Hersteller von Milchprodukten die freie Wahl, ob sie die regionale Herkunft bei der Vermarktung herausstellen oder verschweigen. Österreich etwa unterstützt verpflichtende Angaben, die Niederlande zum Beispiel sind dagegen. *sal*

Neuseeland will Chinesen abwehren

Die Regierung Neuseelands hat künftig mehr Handhabe, um gegen Bodenkäufe ausländischer Investoren vorgehen zu können. Das Kabinett beschloss dazu vergangene Woche überarbeitete Richtlinien, wie *agru-europe.de* schreibt. Bei grossen Investitionen in landwirtschaftliche Flächen sollen die wirtschaftlichen Interessen des Landes berücksichtigt werden. Als «grosse» Agrarflächen gelten dabei Areale, die 1720 Hektaren bei Milchfarmen bzw. 4430 Hektaren bei Schafe haltenden Betrieben umfassen. Hintergrund für den Kabinettsbeschluss dürften verstärkte Bemühungen chinesischer Investoren sein, sich in Neuseeland einzukaufen, nachdem der Milchexport vor zehn Jahren liberalisiert worden war. *sal*

LEBENSMITTELIMPORTE: Bauernvertreter uneinig über sozial und ökologisch bedenkliche Lebensmittelimporte

Nationalrat möchte Importverbot

Der Nationalrat will ein Importverbot für unter unwürdigen Bedingungen hergestellte Lebensmittel. Zudem soll sich der Bundesrat für umweltgerechten Anbau und faire Arbeitsbedingungen einsetzen.

DANIEL ETTER

Der Nationalrat hiess am Montag fünf Standesinitiativen der Westschweizer Kantone Genf, Jura, Freiburg, Neuenburg und Waadt mit 85 gegen 76 Stimmen gut, die der Ständerat zuvor abgelehnt hatte. Nun geht das Geschäft wieder zurück in den Ständerat. Bleibt dieser bei seinem Nein, ist das Anliegen vom Tisch.

Geht es nach den Initianten, sollen Lebensmittel, die unter nicht tragbaren Umwelt- und Arbeitsbedingungen produziert worden sind, nicht in die Schweiz eingeführt werden dürfen. Sie verlangen auch, dass die Schweiz sich gegenüber der WTO und der EU für gerechte Arbeitsbedingungen und nachhaltige Produktionsverfahren einsetzt.

Verpflichtungen hindern

Die Mehrheit der Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) hatte zwar Verständnis für das Anliegen. Die Standesinitiativen seien aber zu restriktiv formuliert, hielt sie dagegen. Ein Importverbot sei auf Grund der Verpflichtungen der Schweiz gegenüber der EU und im Rahmen der Welthandelsorganisation WTO nicht umsetzbar. Deshalb beantragten sie, die Initiativen abzulehnen.



Bioschüler machen sich vor dem Bundeshaus für ein Importverbot für Lebensmittel, die unter sozial und ökologisch bedenklichen Bedingungen produziert worden sind, stark. (Bild: Daniel Salzmann)

Der Nationalrat leistete aber einer rot-grünen Minderheit der WAK Folge und nahm die Standesinitiativen trotzdem an.

Wenn die Konsumenten wüssten, dass die Lebensmittel unter sklaverei-ähnlichen Bedingungen angebaut werden, würden sie sie nicht kaufen, war die Sprecherin der Minderheit Adèle Thorens Goumaz (Grüne/VD) überzeugt. Zudem verwies sie darauf, dass die Schweizer Bauern das Nachsehen hätten, denn sie stünden in Konkurrenz mit solchen Produkten.

Bauern uneins

Diese Meinung teilten nicht alle bäuerlichen Nationalräte. Zwar stimmte Andreas Aebi (SVP/BE) oder der Direktor des Bauernverbands Jacques Bourgeois (FDP/FR) den Initiativen zu. Gegen das Importverbot

gestimmt hat hingegen Bauernverbandspräsident Hansjörg Walter (SVP/TG). «Die Arbeitsgesetze sind nicht schlechter als bei uns, und die wirklichen Missstände können wir nicht überprüfen», begründet er sein Abstimmverhalten. Auch Ernst Schibli (SVP/ZH), Marcel Scherer (SVP/ZG) oder Hansjörg Hassler (BDP/GR) waren gegen ein Importverbot.

Bedingungen gewichten

Nicht nur die Standesinitiativen sondern auch eine Motion der WAK stiess im Nationalrat auf Gegenliebe. Gegen den Willen des Bundesrates wurde sie mit 133 gegen 27 Stimmen unterstützt. Die Motion verlangt, dass Herstellungsbedingungen der importierten Lebensmittel in Verhandlungen ein vergleichbarer Stellenwert einge-

räumt wird wie dem Abbau tarifärer Handelshemmnisse, sprich Zollsenkungen

Das Anliegen sei bereits erfüllt, sagte Landwirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann. Der Bundesrat setze sich aussenpolitisch und auch in den Verhandlungen im Rahmen der Welthandelsorganisation WTO für Umwelt- und Sozialanliegen ein.

Neues Label gefordert

Mit einem oppositionslos angenommenen Postulat der WAK beauftragte der Rat den Bundesrat schliesslich, eine Information für die Konsumenten zu prüfen. So wie umweltgerecht produzierte Lebensmittel mit Labels gekennzeichnet werden, könnte dies auch mit unter fairen Bedingungen produzierten Waren geschehen.

SCHÜLERAKTION

Für die Standesinitiative hat sich nicht nur die rot-grüne Minderheit der WAK stark gemacht, sondern auch Schüler der Bioschule Schwand. Sie verteilten den Parlamentariern am Montag auf dem Bundesplatz einen Flyer. Darauf fordern sie, dass nur fair produzierte Nahrungsmittel in die Schweiz importiert werden dürfen. Zudem machten sie mit einer Darbietung auf die aus ökologischer und sozialer Sicht problematischen Nahrungsmittelimporte aufmerksam. Ihr Engagement scheint sich gelohnt zu haben. Im Sinne der Bioschüler nahm der Nationalrat die Standesinitiative an. *det*

ERNÄHRUNGSSICHERHEIT

Wir importieren viel Wasser

Wenn wir Lebensmittel aus dem Süden importieren, dann wird dort das Wasser möglicherweise noch knapper.

DANIEL SALZMANN

Wie wird der Klimawandel die Landwirtschaft in den nächsten Jahrzehnten beeinflussen? Dieser Frage ging das Berner Forum für Universität und Gesellschaft im Rahmen von vier Workshops nach. Am letzten Workshop behandelte Rolf Weingartner, Professor für Hydrologie an der Universität Bern, die drohende Wasserknappheit. Durchschnittlich werde für die Produktion der Tagesnahrung einer Person 3000 Liter Wasser benötigt. Bis 2050 werde die Weltbevölkerung stark zunehmen, und wegen der steigenden Einkommen würden die Leute mehr Fleisch essen, wodurch zusätzlich Wasser für die Produktion benötigt werde.

Extensivierung sinnvoll?

Weingartner führte aus, dass das Wasser heute schon in einem Gürtel nördlich und südlich des Äquators am knappsten sei. Ausgerechnet in dieser Zone werde auch der Grossteil des Bevölkerungswachstums stattfinden. Weingartner erläuterte das Konzept des «Wasserfussabdrucks», das auch den indirekten Verbrauch für die Produktion von Waren, die in der Schweiz konsumiert werden,



Der Klimawandel wird weltweit in zahlreichen Gegenden die Wasserknappheit noch verstärken. (Bild: Pamela Fehrenbach)

einschliesst. Wenn die Schweiz Kakao, Zucker oder Weizen importiert, dann importiert sie zugleich «virtuelles» Wasser, das im Ausland für die Produktion dieser Güter gebraucht worden ist. Weil wir viel virtuelles Wasser aus Ländern einführen, in denen es zukünftig knapper wird, fragte Weingartner, ob die Extensivierung der Schweizer Landwirtschaft der richtige Weg sei und ob nicht eher wir noch mehr Lebensmittel für den Export in den Süden produzieren sollten statt Lebensmittel aus dem Süden zu importieren.

Anbau gezielt fördern

Thomas Cottier, Professor am Welthandelsinstitut der Universität Bern, begrüsst den Freihandel und kritisiert, dass Freihandelsverträge mit aufstrebenden

Ländern im Wesentlichen ohne Liberalisierung der Landwirtschaft abgeschlossen würden. Er propagiert eine schrittweise proaktive Öffnung des Agrarmarktes. Um die Ernährungssicherheit zu verbessern, empfiehlt Cottier, das Risiko zu verteilen und die Produktion zu diversifizieren. Handelsbeziehungen mit anderen Ländern und ein ausgehandelter Selbstversorgungsgrad würden sich ergänzen. Es müsse definiert werden, welche Produkte in welcher Menge in der Schweiz hergestellt werden sollen. Cottier fügte an, der Anbau dieser Produkte müsse anschliessend gezielt gefördert werden, möglicherweise auch im Sinne einer «managed production», bei welcher der Staat den Anbau direkt lenkt.

VERKÄSUNGZULAGE

Die beiden Räte beharren auf ihren Standpunkten

Weder der National- noch der Ständerat kommt dem anderen entgegen. Jetzt kommt es zu einer Einigungskonferenz.

Nach wie vor besteht bei der Verkäsungszulage eine Differenz zwischen National- und Ständerat. Beide Räte wollen der schwierigen Situation im Milchmarkt Rechnung tragen. Der Nationalrat will den Milchbauern für die Verkäsung zusätzlich 45 Millionen Franken, der Ständerat nur 33,5 Millionen Franken zur Verfügung stellen. Beide Räte halten auch nach den dieswöchigen Sitzungen an ihren Beschlüssen fest.

Der Ständerat vertritt den Standpunkt, dass bei einer Aufstockung von 33,5 Millionen Franken im kommenden Jahr gleich viele Mittel für die Verkäsungszulage zur Verfügung stehen wie im aktuellen Jahr. Würde die Käseproduktion auf dem

aktuellen Niveau bleiben, könnten nach wie vor 15 Rappen je Kilo verkäste Milch entrichtet werden.

Der Nationalrat hingegen will mehr Geld budgetieren, da er von einer Ausdehnung der Käseproduktion ausgeht. Wollten die bisherigen 15 Rappen pro Kilo verkäste Milch gehalten werden, müsste das Budget um 45 Millionen aufgestockt werden, argumentiert der Nationalrat.

Da keiner der beiden Räten dem anderen entgegenkommt, kommt es noch diese Woche zu einer Einigungskonferenz. Dass das Budget höher ist, als der Bundesrat vorschlägt, ist sicher, denn auch wenn es zu keiner Einigung kommt, werden 33,5 Millionen zusätzlich gesprochen. Branchenkenner gehen davon aus, dass die Verkäsungszulage in diesem Fall vorerst um einen Rappen auf 14 Rappen je Kilo verkäste Milch gesenkt wird. *det*



Die Verkäsungszulage bleibt bei mind. 14 Rp. (Bild: sam)